

Bundesgesetzblatt ¹⁰²⁹

Teil II

Z 1998 A

1992

Ausgegeben zu Bonn am 10. Oktober 1992

Nr. 36

Tag	Inhalt	Seite
28. 5. 91	Bekanntmachung der Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie der Bundesrepublik Deutschland und dem Commissariat à l'Energie Atomique, der Französischen Republik über Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Behandlung und Endlagerung von radioaktiven Abfällen und abgebrannten Brennelementen sowie auf dem Gebiet der Stilllegung von Anlagen . . .	1030
5. 8. 92	Bekanntmachung des Schlußdokuments der Außerordentlichen Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) und des Dokuments über die vorläufige Anwendung des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa	1036
14. 8. 92	Bekanntmachung zu dem Artikel 25 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten	1048
3. 9. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Überstellung verurteilter Personen	1049
3. 9. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen	1050
7. 9. 92	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des deutsch-venezolanischen Abkommens über den Luftverkehr	1050
7. 9. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention)	1051
7. 9. 92	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis	1051
25. 9. 92	Berichtigung der Ausführungsordnung zum Patentrechtsabkommen	1052

**Bekanntmachung
der Vereinbarung
zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Commissariat à l'Energie Atomique,
der Französischen Republik
über Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet
der Behandlung und Endlagerung von radioaktiven Abfällen
und abgebrannten Brennelementen sowie auf dem Gebiet
der Stilllegung von Anlagen**

Vom 28. Mai 1991

Die in Braunschweig am 6. Mai 1991 unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie und dem Commissariat à l'Energie Atomique über Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Behandlung und Endlagerung von radioaktiven Abfällen und abgebrannten Brennelementen sowie auf dem Gebiet der Stilllegung von Anlagen ist nach seinem Artikel 12 Absatz 1

am 6. Mai 1991

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Mai 1991

**Der Bundesminister
für Forschung und Technologie
Im Auftrag
Loosch**

Vereinbarung
zwischen dem Bundesminister für Forschung und Technologie
der Bundesrepublik Deutschland
und dem Commissariat à l'Énergie Atomique
der Französischen Republik
über Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet
der Behandlung und Endlagerung von radioaktiven Abfällen
und abgebrannten Brennelementen sowie auf dem Gebiet
der Stilllegung von Anlagen

Der Bundesminister für Forschung und Technologie
 der Bundesrepublik Deutschland (BMFT),

und

das Commissariat à l'Énergie Atomique,
 der Französischen Republik (CEA) –

in der Erwägung, daß

- die Bundesrepublik Deutschland und die Französische Republik eine große Zahl von Kernkraftwerken verschiedener Bauart errichtet haben und betreiben und sie über in der Zukunft zu errichtende und zu betreibende neue Kernreakortypen Studien durchführen,
- beide Länder den abgebrannten Brennstoff aus diesen Kraftwerken entsorgen müssen, um Uran und/oder Plutonium zurückzugewinnen und den nicht verwendbaren Anteil des bestrahlten Brennstoffs für die Endlagerung zu konditionieren,

unter Berücksichtigung der Tatsache, daß

- beide Länder seit langem Forschungs- und Entwicklungs-(FuE) Arbeiten zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente, zur Behandlung radioaktiver Abfälle und zur Endlagerung durchführen und wertvolle Erkenntnisse und Erfahrungen in diesem Bereich erworben haben,
- deutsche Versorgungsunternehmen mit COGEMA, einer Tochtergesellschaft der CEA-Industrie, kommerzielle Verträge für die Wiederaufarbeitung abgebrannten Brennstoffs aus der Bundesrepublik Deutschland in der Französischen Republik unterzeichnet haben,
- die Zusammenarbeit im Bereich der Behandlung und Endlagerung von radioaktiven Abfällen, insbesondere nach der Wiederaufarbeitung und von abgebrannten Brennelementen sowie der Stilllegung von Anlagen durch die gemeinsame Nutzung der jeweiligen Forschungs- und Entwicklungsergebnisse, -erkenntnisse und -erfahrungen, durch die Durchführung gemeinsamer Forschungs- und Entwicklungsprojekte und durch den Austausch von Personal einschließlich der Beteiligung von Mitarbeitern des einen Landes am Betrieb der Anlagen im anderen Land von beiderseitigem Nutzen wäre,
- am 6. Juni 1989 die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik ein Memorandum unterzeichnet haben, in dem beide Länder ein Interesse an einer sicheren, effektiven und wirtschaftlichen Wiederaufarbeitung und anderen Teilbereichen der Entsorgung bekundet und die Grundsätze einer engen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zwischen den betreffenden nationalen Stellen dargelegt haben,

– diese Vereinbarung im Rahmen des obengenannten Memorandums geschlossen und durchgeführt wird, –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Gegenstand der Vereinbarung

Gegenstand dieser Vereinbarung ist es, auf dem Gebiet der Behandlung und Endlagerung von radioaktivem Abfall, insbesondere nach der Wiederaufarbeitung, und von abgebrannten Brennelementen sowie auf dem Gebiet der Stilllegung kerntechnischer Anlagen eine FuE-Zusammenarbeit herbeizuführen und die industrielle Zusammenarbeit zu fördern sowie die Bedingungen zu definieren, unter denen jede Vertragspartei der jeweils anderen Vertragspartei Unterstützung gewähren und Dienstleistungen erbringen wird.

Bereiche für eine Zusammenarbeit sind in den folgenden Anhängen aufgeführt:

- Anhang I – Festgelegte Bereiche der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Behandlung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente und der Stilllegung kerntechnischer Anlagen,
- Anhang II – Festgelegte Bereiche der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Endlagerung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente.

Artikel 2

Beteiligte Stellen

In der Wiederaufarbeitung, Behandlung und Endlagerung abgebrannter Brennelemente und der Stilllegung kerntechnischer Anlagen tätige Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik können von BMFT oder CEA aufgefordert werden, sich an Aktivitäten im Rahmen dieser Vereinbarung zu beteiligen. Diese Stellen, die im folgenden „beteiligte Stellen“ genannt werden, werden über die Bestimmungen dieser Vereinbarung unterrichtet und haben sich danach zu richten.

Beide Vertragsparteien können vereinbaren, auch Stellen dritter Länder an bestimmten Aktivitäten zu beteiligen. Die Bedingungen einer solchen Beteiligung werden im Einzelfall einvernehmlich festgelegt.

Artikel 3

Themen der Zusammenarbeit

Projekte oder Programme, die Gegenstand des Austausches oder der Zusammenarbeit sein können, sind in den Anhängen zu dieser Vereinbarung aufgeführt. Die in Artikel 8 genannten Koordi-

natoren sind zuständig für Vorschläge zur Aktualisierung und Änderung dieser Anhänge. Ziel dabei ist es, Austausch und Zusammenarbeit insgesamt fair und ausgewogen zu gestalten.

Artikel 4

Formen der Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit im Rahmen dieser Vereinbarung kann insbesondere folgende Formen umfassen:

- a) Austausch allgemeiner Informationen, Veranstaltung gemeinsamer Konferenzen, Workshops und Symposien;
- b) Koordinierung der Standpunkte in bezug auf die in Artikel 1 genannte Zielsetzung;
- c) Vorschläge für gemeinsame Projekte mit Blick auf die gemeinsam finanzierten FuE-Programme der Kommission der Europäischen Gemeinschaften;
- d) FuE-Studien, Informationsaustausch zu vereinbarten spezifischen Themen, Durchführung gemeinsamer FuE-Projekte;
- e) technische Hilfe und/oder Dienstleistungen durch das BMFT und seine beteiligten Stellen und durch das CEA und seine beteiligten Stellen;
- f) Austausch oder Abordnung von Personal;
- g) Ausbildung von Personal.

Artikel 5

Durchführungsvereinbarungen

Die in Artikel 4 Buchstaben b bis g genannten Aktivitäten werden im Rahmen von zwischen den Vertragsparteien und/oder den entsprechenden beteiligten Stellen zu schließenden Durchführungsvereinbarungen durchgeführt. Diese Vereinbarungen regeln die Einzelheiten bezüglich der Durchführung der betreffenden Aktivitäten und dazugehörigen Dienstleistungen, also beispielsweise: Sachumfang, Verpflichtungen der beiden Vertragsparteien, Zeitplan, Vergütungen, geistiges Eigentum, Nutzungsrechte, die Weitergabe von Informationen, Haftungsfragen, Versicherungsfragen, die Beilegung von Streitigkeiten etc.

Artikel 6

Vertraulichkeit

(1) Mit Ausnahme der Weitergabe für Sicherheits- oder Genehmigungszwecke an die eigenen nationalen Regierungsstellen, die durch Vertraulichkeitsbestimmungen gebunden sind, verpflichtet sich die Vertragspartei, die im Rahmen dieser Zusammenarbeit Informationen erhält, diese Informationen streng vertraulich zu behandeln und sie weder an Dritte weiterzugeben, noch ohne die vorherige Zustimmung der die Informationen zur Verfügung stellenden Vertragspartei zu veröffentlichen. Die relevanten beteiligten Stellen sind vor einer Veröffentlichung zu konsultieren. BMFT-beteiligte Stellen und CEA-beteiligte Stellen, soweit sie an der Zusammenarbeit beteiligt sind, gelten im Sinne dieses Artikels nicht als Dritte. Jedoch werden im Rahmen dieser Vereinbarung entstandene offensichtlich wissenschaftliche Informationen nach Konsultationen zwischen den zusammenarbeitenden Partnern (Partner oder beteiligte Stellen) über die Form der Veröffentlichung in der Regel veröffentlicht.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Informationen, die:

- der Öffentlichkeit zugänglich sind oder zugänglich gemacht werden, ohne daß ein schuldhaftes Verhalten der empfangenden Vertragspartei vorliegt,
- der empfangenden Vertragspartei anderweitig ohne Beschränkung ihrer Weitergabe zugänglich sind.

(3) Die Durchführungsvereinbarungen gestatten die Weitergabe übermittelter Informationen, insbesondere an deutsche oder französische Unterauftragnehmer, vorausgesetzt, daß diese Informationen nur bei Bedarf und nach Maßgabe einer Vertraulichkeitsvereinbarung weitergegeben werden.

(4) Unbeschadet von im Rahmen der Durchführungsvereinbarungen gewährten Weitergabe- und Nutzungsrechten bleibt jede Vertragspartei Inhaberin aller an die andere Vertragspartei weitergegebenen Patent- und nicht patentierter Informationen.

Artikel 7

Patente

Falls in den Durchführungsvereinbarungen nichts anderes vereinbart wird, gelten die folgenden Bestimmungen für im Rahmen dieser Vereinbarung gemachte Erfindungen.

(1) Jede Erfindung, die im Rahmen dieser Vereinbarung vom Personal einer Vertragspartei oder ihrer beteiligten Stellen in deren Einrichtungen gemacht wird, ist Eigentum dieser Vertragspartei oder dieser beteiligten Stellen, die alle Rechte, Ansprüche oder Erträge in Verbindung mit einer solchen Erfindung und den entsprechenden Patentanmeldungen und Patenten in allen Ländern erwirbt.

(2) Wird eine Erfindung im Rahmen dieser Vereinbarung in den Einrichtungen einer Vertragspartei oder ihrer beteiligten Stellen von dem von der anderen Vertragspartei oder ihrer beteiligten Stellen abgeordneten Personal gemacht oder ist die Erfindung das unmittelbare Ergebnis der Anwendung der von der anderen Vertragspartei oder ihrer beteiligten Stellen gelieferten Informationen (einschließlich Informationen im Zusammenhang mit geliehenen oder ausgetauschten Materialien oder Computercodes), so ist die Vertragspartei oder die beteiligte Stelle, die das Personal abgestellt oder die Informationen zur Verfügung gestellt hat, Inhaber(in) aller Rechte, Ansprüche und Erträge in Verbindung mit einer solchen Erfindung und den entsprechenden Patentanträgen oder Patenten im eigenen Land, und die andere Vertragspartei hat dieselben Rechte in allen anderen Ländern.

(3) Die Vertragspartei oder die beteiligte Stelle, die ein Patent in bezug auf eine Erfindung im Sinne von Absatz 2 innehat, gewährt der empfangenden Vertragspartei und/oder den von ihr benannten Staatsangehörigen ihres Landes auf Antrag der anderen Vertragspartei oder ihrer beteiligten Stelle eine nicht ausschließliche unwiderrufliche Lizenz auf ein solches Patent. Diese Lizenz ist für Forschungs-, Sicherheits-, Regelungs- und Entwicklungsaktivitäten kostenfrei, für alle anderen Zwecke wird sie gegen ein angemessenes Entgelt zu Bedingungen gewährt, wie sie nationalen Industrieunternehmen der das Patent innehabenden Vertragspartei eingeräumt werden.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 gelten mit den nötigen Änderungen auch für den Schutz von eingetragenen Gebrauchsmustern, Mustern und Urheberrechten.

(5) Jede Vertragspartei ist verantwortlich für die Zahlung von Entgelten und Vergütungen entsprechend ihren nationalen gesetzlichen Bestimmungen, die an ihre eigenen Erfinder zu zahlen sind. Jede Vertragspartei unternimmt, unbeschadet aller Erfinderrechte nach nationalem Recht alle erforderlichen Schritte, um die Bestimmungen dieses Artikels durchzuführen.

(6) Jede Vertragspartei verzichtet gegenüber der anderen Vertragspartei auf alle Ansprüche auf Entschädigung, Lizenzgebühren oder Entgelte in bezug auf solche Erfindungen, Patentanmeldungen oder Patente und entbindet die andere Vertragspartei von allen Verpflichtungen in Verbindung mit derartigen Ansprüchen.

(7) Im Sinne dieses Artikels bedeutet „eigenes Land“:

- a) die Bundesrepublik Deutschland für das BMFT und seine beteiligten Stellen,
- b) die Französische Republik für das CEA und die französischen beteiligten Stellen.

Artikel 8

Koordinierung

Es wird ein Koordinierungsausschuß geschaffen, der sich aus von den Vertragspartnern benannten Mitgliedern zusammensetzt. Außerdem ernannt jede Vertragspartei einen Sekretär für den

Ausschuß und einen Koordinator für jeden Bereich der Zusammenarbeit. Experten beider Vertragspartner können den Ausschuß unterstützen.

Der Koordinierungsausschuß tagt einmal jährlich abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Französischen Republik. Das Gastgeberland benennt einen Vorsitzenden für die Tagung.

Der Koordinierungsausschuß bewertet die im Rahmen der Vereinbarung erzielten Fortschritte und beschließt neue Maßnahmen. Der Koordinierungsausschuß billigt die von den Koordinatoren nach Maßgabe des Artikels 3 vorgeschlagenen Aktualisierungen oder Änderungen der Anhänge.

Artikel 9 Finanzielle Bedingungen

(1) Diese Vereinbarung begründet keine finanziellen Verpflichtungen zwischen den Vertragsparteien, sondern nur das Ziel einer insgesamt annähernd ausgewogenen Zusammenarbeit.

(2) Die finanziellen Bedingungen werden im Einzelfall im Rahmen der Durchführungsvereinbarungen geregelt.

(3) Werden im Laufe der Programmdurchführung wesentliche Änderungen der Programme erforderlich, die beträchtliche Kostenänderungen nach sich ziehen, so beraten die beiden Vertragsparteien gemeinsam über die Konsequenzen.

Artikel 10 Haftung

(1) Haftung für Informationen

Jede Vertragspartei verpflichtet sich, ihren Verbindlichkeiten im Rahmen dieser Vereinbarung und den Durchführungsvereinbarungen mit der gebotenen Sorgfalt in Übereinstimmung mit den geltenden Gesetzen und Bestimmungen nachzukommen.

Die Vertragsparteien verzichten auf alle Schadensersatzansprüche für Schäden, die durch die Nutzung von durch die jeweils andere Vertragspartei zur Verfügung gestellten Informationen direkt oder indirekt an ihrem Eigentum verursacht oder ihrem Personal zugefügt werden.

(2) Haftung für Unfälle

Jede Vertragspartei ist allein verantwortlich für die Bezahlung oder Entschädigung von ihrem Personal entstandenen Schäden, unabhängig davon, wo der Schaden eingetreten ist, und sie verzichten darauf, gegen die andere Vertragspartei zu klagen oder andere Forderungen an sie zu stellen.

Wurde der vom Personal einer der Vertragsparteien erlittene Schaden durch grobe Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten des Personals der anderen Vertragspartei verursacht, erstattet letztere der ersteren eine vereinbarte Geldsumme, die erstere den Geschädigten zahlen mußte.

Wenn Schäden am Eigentum einer Vertragspartei durch Fahrlässigkeit oder vorsätzliches Fehlverhalten des Personals der anderen Vertragspartei entstanden sind, entschädigt letztere die erstere für die entstandenen Schäden.

Artikel 11 Streitfälle, Schiedsverfahren

(1) Die Vertragsparteien kommen überein, alle bei der Durchführung dieser Vereinbarung auftretenden Streitigkeiten gütlich beizulegen, soweit erforderlich unter Hinzuziehung eines oder mehrerer unabhängiger Sachverständiger.

(2) Alle Streitigkeiten, die von den Vertragsparteien nicht gütlich beigelegt werden können, werden von den Regierungen beider Länder einem Schiedsverfahren unterworfen.

(3) Die in Artikel 5 genannten Durchführungsvereinbarungen enthalten entsprechende Bestimmungen für die Beilegung von Streitigkeiten.

Artikel 12 Geltungsdauer, Kündigung

(1) Diese Vereinbarung tritt mit der Unterzeichnung durch beide Vertragsparteien für die Dauer von fünf Jahren in Kraft.

(2) Drei Monate vor dem Ende der Geltungsdauer oder Kündigung konsultieren die Vertragsparteien einander hinsichtlich einer Verlängerung dieser Vereinbarung.

(3) Alle am Ende der Geltungsdauer nicht abgeschlossenen gemeinsamen Aktivitäten werden bis zu ihrem Abschluß gemäß den Bestimmungen dieser Vereinbarung weitergeführt.

(4) Diese Vereinbarung kann unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr von jeder Vertragspartei jederzeit schriftlich gekündigt werden.

(5) Vom Außerkrafttreten der Vereinbarung bleiben die von den Vertragsparteien bis zum Tag des Außerkrafttretens im Rahmen dieser Vereinbarung erworbenen Rechte unberührt. Relevante Bestimmungen der Vereinbarung bleiben bis zur vollständigen Erfüllung der in Artikel 5 erwähnten Durchführungsvereinbarungen, auf die sich diese Bestimmungen beziehen, in Kraft.

Geschehen zu Braunschweig am 6. Mai 1991 in zwei
Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei
jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für den Bundesminister
für Forschung und Technologie
der Bundesrepublik Deutschland
Gebhard Ziller

Für das Commissariat
à l'Energie Atomique
der Französischen Republik
Ph. Rouvillois

Anhang 1

**Festgelegte Bereiche der Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Behandlung radioaktiver Abfälle
und abgebrannter Brennelemente
und der Stilllegung Kerntechnischer Anlagen**

1. Produktqualifizierung und Qualitätssicherung (QS)
 - Standardisierung von QS-Programmen
 - Angleichung analytischer Verfahren
 - Vergleich der Testentwicklungen für Faßmonitorsysteme
 - Vergleich der Spezifikationen
2. Charakterisierung hochaktiver Gläser
 - Gemeinsame Arbeit in den heißen Zellen in Marcoule
 - Untersuchung des Langzeitverhaltens dieser Gläser unter spezifischen Bedingungen
3. Die Behandlung von Brennelementhülsen und -Strukturteilen
 - Zementierung
 - Kompaktierung
 - Schmelzen
 - Vergleich von Verfahren und Abfallformen
4. Verbrennung alpha-kontaminierter Abfälle
 - Verbrennungstechnologien
 - Abgasreinigungsanlagen (einschließlich Analysegeräte)
 - Ascheeinschluß
 - Pu-Rückgewinnung
5. Keramische Abfallform
 - Verfahren und Abfallform für:
 - Mittelaktive Feststoffe
 - Auflöserrückstände
 - Stark alpha-kontaminierte Konzentrate
6. Vitrifikation von Hoch- und Mittelaktiven Feststoffen und Auflöserrückständen
 - Verfahren
 - Verhalten von Platinmetallen
 - Selbstentzündung von Feinfeinstoffen
7. Stilllegung
 - Einsatz von Expertensystemen
 - Vergleich von Trenn- und Fernbedienungstechniken
 - Stilllegung von Pilotanlagen zur Wiederaufarbeitung
8. Dekontamination
 - Dekontaminationstechniken
 - Kontaminationsmessungen
 - Behandlung von kontaminiertem Natrium und natriumkontaminierten Komponenten
 - Industrielles Schmelzen von Stahlkomponenten

**Festgelegte Bereiche der Zusammenarbeit
auf dem Gebiet der Endlagerung
radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente**

1. Methoden der Standortwahl und -charakterisierung
 - geophysikalische Methoden der Standorterkundung von der Oberfläche aus
 - zerstörungsfreie Methoden der Erkundung unter Tage
 - Überwachung des Standorts und entsprechende Verfahren
 2. Informationsaustausch über Endlagerkonzepte für radioaktive Abfälle, Entwurf von unterirdischen Endlagern
 - Endlagerungskonzepte und -technologien
 - Abfallhandhabung und -transport
 - Entwurf und Optimierung ingenieur-erbauter Barrieren
 3. Sicherheitsbewertung geologischer Endlager für die Betriebs- und Nachbetriebsphase
 - Erarbeitung und Bewertung von Szenarios
 - Methoden der Sicherheitsanalyse
 - Computercodes, physikalische und chemische Modelle und Datenbank für die Berechnung von Quellterm, Grundwasserfluß, Radionuklidtransport sowie für thermochemische Kalkulation
 - Strategien zur Codevalidierung
 - Gasbildung und -verhalten in unterirdischen Endlagern
 - Einsatz probabilistischer Methoden zur Bewertung der Betriebssicherheit
 4. Bilaterale Nutzung unterirdischer Forschungsstätten wie des Asse-Bergwerks und/oder eines anderen deutschen oder französischen Standorts unter Tage
 - Strategische und operationelle Planung für Versuchsbergwerke und damit zusammenhängende technische Aspekte
 - Konzipierung und Durchführung unterirdischer Experimente
 - Überwachung von Experimenten, Durchführung von Versuchsprogrammen
 5. Informationen über und/oder Beteiligung an Laborexperimenten zu den Themen:
 - Rückverfüllung und Abdichtung
 - Felsmechanik
 - Gesteinspermeabilität
 - Rückhaltung/Verzögerung von Radionukliden
 6. Austausch von Informationen über
 - Zwischenlagerung hochaktiver Abfälle und abgebrannten Brennstoffs
 - Endlagerung abgebrannten Brennstoffs (technische Entwicklungen, Auswirkungen von Brennstoffkreislaufstrategien auf Endlagerkonzepte)
 7. Charakterisierung des Verhaltens von schwach aktiven und mittelaktiven Abfällen sowie von abgebranntem Brennstoff unter verschiedenen Bedingungen der Endlagerung:
 - Verhalten von abgebrannten Brennelementen und Abfallformen
 - Abfallgebinde und Behälter für abgebrannte Brennelemente.
-

Bekanntmachung
des Schlußdokuments der Außerordentlichen Konferenz der Vertragsstaaten
des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag)
und
des Dokuments über die vorläufige Anwendung des Vertrags vom 19. November 1990
über konventionelle Streitkräfte in Europa

Vom 5. August 1992

I.

In Verbindung mit Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 12. Dezember 1991 zu dem Vertrag vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa (BGBl. 1991 II S. 1154) wird bekanntgemacht, daß Deutschland

1. am 5. Juni 1992 in Oslo das Schlußdokument der Außerordentlichen Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa und
2. am 10. Juli 1992 in Helsinki das Dokument über die vorläufige Anwendung des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa unterzeichnet hat. Die beiden Dokumente werden nachstehend veröffentlicht.

II.

Das vorgenannte Schlußdokument ist gemäß seiner Nummer 6

am 5. Juni 1992

für Deutschland und die nachstehend genannten anderen Vertragsstaaten in Kraft getreten:

Armenien	Frankreich
Aserbaidschan	Georgien
Belarus	Griechenland
Belgien	Island
Bulgarien	Italien
Dänemark	Kanada

Kasachstan	Rußland
Luxemburg	Spanien
Moldau	Tschechoslowakei
Niederlande	Türkei
Norwegen	Ukraine
Polen	Ungarn
Portugal	Vereinigte Staaten
Rumänien	Vereinigtes Königreich

Nach Maßgabe des Absatzes 1 des in Abschnitt I Nummer 2 genannten Dokuments, das mit seiner gemeinsamen Unterzeichnung am 10. Juli 1992 wirksam geworden ist, wird der Vertrag vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa in seiner durch das Schlußdokument vereinbarten Fassung

ab dem 17. Juli 1992

für eine Frist von 120 Tagen von allen Vertragsstaaten vorläufig angewendet. Die vorläufige Anwendung endet vorzeitig, wenn der Vertrag vor Ablauf der Frist gemäß seinem Artikel XXII Abs. 2 in Kraft tritt.

III.

Der Tag, an dem der Vertrag vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa in der durch das Schlußdokument vereinbarten Fassung nach Artikel XXII Abs. 2 des Vertrags für Deutschland in Kraft tritt, wird im Bundesgesetzblatt bekanntgegeben.

Bonn, den 5. August 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
 In Vertretung
 Dr. Kastrup

**Schlußdokument
der Außerordentlichen Konferenz der Vertragsstaaten
des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa**

**Final Document
of the Extraordinary Conference of the States Parties
to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe**

**Document final
de la Conférence extraordinaire des Etats Parties
au Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe**

The Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Belarus, the Kingdom of Belgium, the Republic of Bulgaria, Canada, the Czech and Slovak Federal Republic, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Republic of Georgia, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Iceland, the Italian Republic, the Republic of Kazakhstan, the Grand Duchy of Luxembourg, the Republic of Moldova, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Republic of Poland, the Portuguese Republic, Romania, the Russian Federation, the Kingdom of Spain, the Republic of Turkey, Ukraine, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, which are the States Parties to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe of November 19, 1990, hereinafter referred to as the States Parties,

Reaffirming their determination to bring into force the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe of November 19, 1990, hereinafter referred to as the Treaty, by the time of the Helsinki Summit Meeting of the Conference on Security and Cooperation in Europe on July 9–10, 1992,

Desiring to meet the objectives and requirements of the Treaty while responding to the historic changes which have occurred in Europe since the Treaty was signed,

Recalling in this context the undertaking in paragraph 4 of the Joint Declaration of Twenty-Two States signed in Paris on November 19, 1990, to maintain only such military capabilities as are necessary to prevent war and provide for effective defence and to bear in mind the relationship between military capabilities and doctrines, and confirming their commitment to that undertaking,

La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République d'Arménie, la République d'Azerbaïdjan, la République du Bélarus, le Royaume de Belgique, la République de Bulgarie, le Canada, le Royaume de Danemark, le Royaume d'Espagne, la République française, la République de Géorgie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la République hellénique, la République de Hongrie, la République d'Islande, la République italienne, la République du Kazakhstan, le Grand-Duché de Luxembourg, la République de Moldova, le Royaume de Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, la République portugaise, la Roumanie, la Fédération de Russie, la République fédérative tchèque et slovaque, la République de Turquie et l'Ukraine, qui sont les Etats Parties au Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe en date du 19 novembre 1990, ci-après désignés comme les Etats Parties,

Réaffirmant leur détermination d'assurer l'entrée en vigueur du Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe en date du 19 novembre 1990, ci-après désigné comme le Traité, d'ici à la Réunion au sommet de Helsinki de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe les 9 et 10 juillet 1992,

Désireux d'atteindre les objectifs et de satisfaire aux exigences du Traité tout en répondant aux changements historiques qui sont survenus en Europe depuis que le Traité a été signé,

Rappelant dans ce contexte l'engagement, énoncé au paragraphe 4 de la Déclaration commune de 22 Etats signée à Paris le 19 novembre 1990, de ne maintenir que les potentiels militaires nécessaires pour prévenir la guerre et assurer une défense efficace et de tenir compte du lien entre les capacités et les doctrines militaires et confirmant leur attachement envers cet engagement,

Die Republik Armenien, die Aserbaidschanische Republik, die Republik Belarus, das Königreich Belgien, die Republik Bulgarien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Republik Georgien, die Griechische Republik, die Republik Island, die Italienische Republik, Kanada, die Republik Kasachstan, das Großherzogtum Luxemburg, die Republik Moldau, das Königreich der Niederlande, das Königreich Norwegen, die Republik Polen, die Portugiesische Republik, Rumänien, die Russische Föderation, das Königreich Spanien, die Tschechische und Slowakische Föderative Republik, die Republik Türkei, die Ukraine, die Republik Ungarn, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika, welche die Vertragsstaaten des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa sind, im folgenden als Vertragsstaaten bezeichnet,

in Bekräftigung ihrer Entschlossenheit, den Vertrag vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa, im folgenden als Vertrag bezeichnet, bis zum Gipfeltreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 9. bis 10. Juli 1992 in Helsinki in Kraft zu setzen,

von dem Wunsch geleitet, die Ziele und Erfordernisse des Vertrags zu erfüllen und gleichzeitig den historischen Veränderungen Rechnung zu tragen, die sich seit der Unterzeichnung des Vertrags in Europa vollzogen haben,

diesbezüglich eingedenk der in Absatz 4 der am 19. November 1990 in Paris unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung von zweiundzwanzig Staaten genannten Verpflichtung, nur solche militärischen Potentiale aufrechtzuerhalten, die zur Kriegsverhütung und für eine wirksame Verteidigung notwendig sind, und die Beziehung zwischen Militärpotentialen und -doktrinen im Auge zu behalten, sowie in Bekräftigung ihres Festhaltens an dieser Verpflichtung,

Having met together at an Extraordinary Conference chaired by the Kingdom of Spain in Oslo on June 5, 1992, pursuant to Article XXI, paragraph 2, of the Treaty, as provisionally applied,

Have agreed as follows:

1. The understandings, notifications, confirmations and commitments contained or referred to in this Final Document and its Annexes A and B, together with the deposit of instruments of ratification by all the States Parties, shall be deemed as fulfilling the requirements for the entry into force of the Treaty in accordance with its provisions. Accordingly, the Treaty shall enter into force 10 days after the last such instrument has been deposited.

2. In this context, the States Parties note the Agreement of May 15, 1992, on the Principles and Procedures of Implementation of the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe, the four Protocols to that Agreement and the Joint Declaration of May 15, 1992, in relation to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe, as transmitted on June 1, 1992, by that Agreement's Depositary to all States Parties to the Treaty. In this regard, Articles 1, 2, 3, 4, 5, 6, 10, 11 and 12 of that Agreement, the four Protocols to that Agreement, and the Joint Declaration of May 15, 1992, in relation to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe contain necessary confirmations and information.

3. The States Parties confirm the understandings as elaborated in the Joint Consultative Group, and specified in Annex A of this Final Document.

4. The States Parties confirm all decisions and recommendations adopted by the Joint Consultative Group.

5. This Final Document in no way alters the rights and obligations of the States Parties as set forth in the Treaty and its associated documents.

6. This Final Document shall enter into force upon signature by all of the States Parties.

7. This Final Document, together with its Annexes A and B, which are integral to it, in all the official languages of the Conference on Security and Cooperation in Europe, shall be deposited with the Government of the Kingdom of the Netherlands, as the designated Depositary for the Treaty, which shall circulate copies of this Final Document to all the States Parties.

S'étant réunis en une Conférence extraordinaire présidée par le Royaume d'Espagne à Oslo le 5 juin 1992, en vertu du paragraphe 2 de l'Article XXI du Traité, tel qu'il est provisoirement appliqué,

Sont convenus de ce qui suit:

1. Les interprétations agréées, notifications, confirmations et engagements contenus ou auxquels il est fait référence dans le présent Document final et dans ses annexes A et B, conjointement avec le dépôt des instruments de ratification par tous les Etats Parties, sont réputés remplir les conditions pour l'entrée en vigueur du Traité conformément à ses dispositions. En conséquence, le Traité entre en vigueur dix jours après le dépôt du dernier de ces instruments.

2. Dans ce contexte, les Etats Parties prennent note de l'Accord en date du 15 mai 1992 sur les principes et procédures d'application du Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe, des quatre Protocoles à cet Accord et de la Déclaration commune en date du 15 mai 1992 concernant le Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe, tels que transmis le 1^{er} juin 1992 par le dépositaire de cet Accord à tous les Etats Parties au Traité. A cet égard, les Articles 1, 2, 3, 4, 5, 6, 10, 11 et 12 de cet Accord, les quatre Protocoles à cet Accord et la Déclaration commune en date du 15 mai 1992 concernant le Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe contiennent des confirmations et informations nécessaires.

3. Les Etats Parties confirment les interprétations agréées élaborées au sein du Groupe consultatif commun et qui sont précisées à l'annexe A du présent Document final.

4. Les Etats Parties confirment toutes les décisions et recommandations adoptées par le Groupe consultatif commun.

5. Le présent Document final ne modifie en aucune manière les droits et obligations des Etats Parties tels qu'ils sont fixés dans le Traité et ses documents associés.

6. Le présent Document final entre en vigueur dès sa signature par tous les Etats Parties.

7. Le présent Document final, avec ses annexes A et B, qui en sont partie intégrante, dans toutes les langues officielles de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, sont déposés auprès du Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, en tant que dépositaire désigné du Traité, qui transmet des copies du présent Document final à tous les Etats Parties.

zu einer Außerordentlichen Konferenz unter dem Vorsitz des Königreichs Spanien am 5. Juni 1992 in Oslo in vorläufiger Anwendung des Artikels XXI Absatz 2 des Vertrags zusammengetreten,

sind wie folgt übereingekommen:

1. die Vereinbarungen, Notifikationen, Bestätigungen und Verpflichtungen, die in diesem Schlußdokument und seinen Anlagen A und B enthalten sind oder auf die darin Bezug genommen wird, gelten in Verbindung mit der Hinterlegung der Ratifikationsurkunden aller Vertragsstaaten als Erfüllung der Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags in Übereinstimmung mit dessen Bestimmungen. Demzufolge tritt der Vertrag 10 Tage nach der Hinterlegung der letzten Ratifikationsurkunde in Kraft.

2. In diesem Zusammenhang nehmen die Vertragsstaaten die Vereinbarung vom 15. Mai 1992 über die Prinzipien und Verfahren zur Durchführung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa, die vier Protokolle zu dieser Vereinbarung und die Gemeinsame Erklärung vom 15. Mai 1992 in bezug auf den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, wie sie vom Verwahrer dieser Vereinbarung am 1. Juni 1992 an alle Vertragsstaaten des Vertrags übermittelt wurden, zur Kenntnis. Im Hinblick darauf enthalten die Artikel 1, 2, 3, 4, 5, 6, 10, 11 und 12 dieser Vereinbarung, die vier Protokolle zu dieser Vereinbarung und die Gemeinsame Erklärung vom 15. Mai 1992 in bezug auf den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa notwendige Bestätigungen und Informationen.

3. Die Vertragsstaaten bestätigen die in Anlage A dieses Schlußdokuments näher beschriebenen Vereinbarungen, wie sie von der Gemeinsamen Beratungsgruppe ausgearbeitet wurden.

4. Die Vertragsstaaten bestätigen alle von der Gemeinsamen Beratungsgruppe angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen.

5. Dieses Schlußdokument läßt die im Vertrag und den dazugehörigen Dokumenten niedergelegten Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten unberührt.

6. Dieses Schlußdokument tritt mit der Unterzeichnung durch alle Vertragsstaaten in Kraft.

7. Diese Schlußdokument wird gemeinsam mit seinen Anlagen A und B, die Bestandteil des Schlußdokuments sind, in allen offiziellen Sprachen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei der zum Verwahrer des Vertrags bestimmten Regierung des Königreichs der Niederlande hinterlegt, die allen Vertragsstaaten Abschriften dieses Schlußdokuments übermittelt.

Annex A: Understandings

1. The first paragraph of the Preamble of the Treaty shall be understood to read:

“The Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Belarus, the Kingdom of Belgium, the Republic of Bulgaria, Canada, the Czech and Slovak Federal Republic, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Republic of Georgia, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Iceland, the Italian Republic, the Republic of Kazakhstan, the Grand Duchy of Luxembourg, the Republic of Moldova, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Republic of Poland, the Portuguese Republic, Romania, the Russian Federation, the Kingdom of Spain, the Republic of Turkey, Ukraine, The United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America, hereinafter referred to as the States Parties.”

2. The second paragraph of the Preamble of the Treaty shall be understood to read:

“Guided by the Mandate for Negotiation on Conventional Armed Forces in Europe of January 10, 1989.”

The third paragraph of the Preamble of the Treaty shall be understood to read:

“Guided by the objectives and the purposes of the Conference on Security and Cooperation in Europe, within the framework of which the negotiation of this Treaty was conducted in Vienna beginning on March 9, 1989.”

3. With regard to the ninth paragraph of the Preamble of the Treaty, it is noted that the Treaty of Warsaw of 1955 is no longer in force, and that some of the States Parties in the first group specified in paragraph 4 of this Annex did not sign or accede to that Treaty.

4. The “groups of States Parties” referred to in paragraph 1(A) of Article II of the Treaty shall be understood to consist of:

“the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Belarus, the Republic of Bulgaria, the Czech and Slovak Federal Republic, the Republic of Georgia, the Republic of Hungary, the Republic of Kazakhstan, the Republic of Moldova, the Republic of Poland, Romania, the Russian Federation and Ukraine,”

and

“the Kingdom of Belgium, Canada, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of Iceland, the Italian Republic, the Grand Duchy of

Annexe A: Interprétations agréées

1. Le premier alinéa du préambule du Traité est interprété pour se lire:

«La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République d'Arménie, la République d'Azerbaïdjan, la République du Bélarus, le Royaume de Belgique, la République de Bulgarie, le Canada, le Royaume de Danemark, le Royaume d'Espagne, la République française, la République de Géorgie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la République hellénique, la République de Hongrie, la République d'Islande, la République italienne, la République du Kazakhstan, le Grand-Duché de Luxembourg, la République de Moldova, le Royaume de Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, la République portugaise, la Roumanie, la Fédération de Russie, la République fédérative tchèque et slovaque, la République de Turquie et l'Ukraine, ci-après désignés comme les Etats Parties.»

2. Le deuxième alinéa du préambule du Traité est interprété pour se lire:

«Guidés par le Mandat de la Négociation sur les forces armées conventionnelles en Europe en date du 10 janvier 1989.»

Le troisième alinéa du préambule du Traité est interprété pour se lire:

«Guidés par les objectifs et les buts de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, dans le cadre de laquelle la négociation du présent Traité a eu lieu à Vienne à compter du 9 mars 1989.»

3. En ce qui concerne le neuvième alinéa du préambule du Traité, il est noté que le Traité de Varsovie de 1955 n'est plus en vigueur et que certains des Etats Parties du premier groupe indiqué au paragraphe 4 de la présente Annexe n'ont pas signé ce Traité ou n'y ont pas accédé.

4. Les «groupes d'Etats Parties» visés au paragraphe 1(A) de l'Article II du Traité s'interprètent comme comprenant:

«la République d'Arménie, la République d'Azerbaïdjan, la République du Bélarus, la République de Bulgarie, la République de Géorgie, la République de Hongrie, la République du Kazakhstan, la République de Moldova, la République de Pologne, la Roumanie, la Fédération de Russie, la République fédérative tchèque et slovaque et l'Ukraine.»

et

«la République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, le Royaume de Belgique, le Canada, le Royaume de Danemark, le Royaume d'Espagne, la République française, le Royaume-Uni de Grande-

Anlage A: Vereinbarungen

1. Für den ersten Absatz der Präambel des Vertrags gilt folgender Wortlaut als vereinbart:

„Die Republik Armenien, die Aserbaidschanische Republik, die Republik Belarus, das Königreich Belgien, die Republik Bulgarien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Republik Georgien, die Griechische Republik, die Republik Island, die Italienische Republik, Kanada, die Republik Kasachstan, das Großherzogtum Luxemburg, die Republik Moldau, das Königreich der Niederlande, das Königreich Norwegen, die Republik Polen, die Portugiesische Republik, Rumänien, die Russische Föderation, das Königreich Spanien, die Tschechische und Slowakische Föderative Republik, die Republik Türkei, die Ukraine, die Republik Ungarn, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika, im folgenden als Vertragsstaaten bezeichnet.“

2. Für den zweiten Absatz der Präambel des Vertrags gilt folgender Wortlaut als vereinbart:

„Geleitet von dem Mandat vom 10. Januar 1989 für Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa.“

Für den dritten Absatz der Präambel des Vertrags gilt folgender Wortlaut als vereinbart:

„Geleitet von den Zielen und Zwecken der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in deren Rahmen die Verhandlungen über diesen Vertrag seit dem 9. März 1989 in Wien geführt wurden.“

3. Im Hinblick auf den neunten Absatz der Präambel des Vertrags wird festgestellt, daß der Warschauer Vertrag von 1955 nicht mehr in Kraft ist und daß einige der Vertragsstaaten der in Absatz 4 angeführten ersten Gruppe diesen Vertrag nicht unterzeichnet haben oder ihm nicht beigetreten sind.

4. Für die in Artikel II Absatz 1 Buchstabe A des Vertrags genannten „Gruppen von Vertragsstaaten“ gilt folgende Zusammensetzung als vereinbart:

„aus der Republik Armenien, der Aserbaidschanischen Republik, der Republik Belarus, der Republik Bulgarien, der Republik Georgien, der Republik Kasachstan, der Republik Moldau, der Republik Polen, Rumänien, der Russischen Föderation, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, der Ukraine und der Republik Ungarn“

und

„aus dem Königreich Belgien, dem Königreich Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Griechischen Republik, der Republik Island, der Italienischen Republik, Kanada,

Luxembourg, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Portuguese Republic, the Kingdom of Spain, the Republic of Turkey, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America.”.

5. The first two sentences of paragraph 1(B) of Article II of the Treaty shall be understood to read:

“The term ‘area of application’ means the entire land territory of the States Parties in Europe from the Atlantic Ocean to the Ural Mountains, which includes all the European island territories of the States Parties, including the Faroe Islands of the Kingdom of Denmark, Svalbard including Bear Island of the Kingdom of Norway, the islands of Azores and Madeira of the Portuguese Republic, the Canary Islands of the Kingdom of Spain and Franz Josef Land and Novaya Zemlya of the Russian Federation. In the case of the Russian Federation and the Republic of Kazakhstan, the area of application includes all territory lying west of the Ural River and the Caspian Sea.”.

6. In Article IV of the Treaty, in accordance with the map provided by the former Union of Soviet Socialist Republics at signature of the Treaty:

– the second sentence of the second part of paragraph 1 shall be understood to read:

“Such designated permanent storage sites may also be located in the Republic of Moldova, that part of Ukraine comprising the portion of the former Odessa Military District on its territory, and that part of the territory of the Russian Federation comprising the southern part of the Leningrad Military District.”

– the first sentence of paragraph 2 shall be understood to read:

“Within the area consisting of the entire land territory in Europe, which includes all the European island territories, of the Republic of Belarus, the Kingdom of Belgium, the Czech and Slovak Federal Republic, the Kingdom of Denmark including the Faroe Islands, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Republic of Hungary, the Italian Republic, that part of the Republic of Kazakhstan within the area of application, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of the Netherlands, the Republic of Poland, the Portuguese Republic including the islands of Azores and Madeira, that part of the Russian Federation comprising the portion of the former Baltic Military District on its territory, the Moscow Military District and the portion of the Volga-Ural Military District on its territory west of the Ural Mountains, the Kingdom of Spain including the Canary Islands, that part of the territory of

Bretagne et d'Irlande du Nord, la République hellénique, la République d'Islande, la République italienne, le Grand-Duché de Luxembourg, le Royaume de Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République portugaise et la République de Turquie.».

5. Les deux premières phrases du paragraphe 1(B) de l'Article II du Traité sont interprétées pour se lire:

«Le terme «zone d'application» signifie l'ensemble du territoire terrestre des Etats Parties situé en Europe de l'océan Atlantique aux monts Oural et comprenant le territoire de toutes les îles européennes des Etats Parties, y compris les îles Féroé du Royaume de Danemark, les Svalbard avec l'île aux Ours du Royaume de Norvège, les îles des Açores et de Madère de la République portugaise, les îles Canaries du Royaume d'Espagne, et la terre François-Joseph et la Nouvelle-Zemble de la Fédération de Russie. Dans le cas de la Fédération de Russie et de la République du Kazakhstan, la zone d'application comprend tout le territoire situé à l'ouest de la rivière Oural et de la mer Caspienne.».

6. A l'Article IV du Traité, conformément à la carte fournie par l'ex-Union des Républiques socialistes soviétiques au moment de la signature du Traité:

– la deuxième phrase de la deuxième partie du paragraphe 1 est interprétée pour se lire:

«Ces dépôts permanents désignés peuvent également être situés dans la République de Moldova, la partie de l'Ukraine comprenant la portion de l'ancienne région militaire d'Odessa située sur son territoire, et la partie du territoire de la Fédération de Russie comprenant la partie méridionale de la région militaire de Léningrad.»

– la première phrase du paragraphe 2 est interprétée pour se lire:

«Dans la zone comprenant l'ensemble du territoire terrestre situé en Europe, y compris tous les territoires insulaires européens, de la République fédérale d'Allemagne, de la République du Bélarus, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, y compris les îles Féroé, du Royaume d'Espagne, y compris les îles Canaries, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de la République de Hongrie, de la République italienne, de la partie de la République du Kazakhstan située dans la zone d'application, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume des Pays-Bas, de la République de Pologne, de la République portugaise, y compris les îles des Açores et de Madère, de la partie de la Fédération de Russie comprenant la portion de l'ancienne région militaire de la Baltique située sur son territoire, la région militaire de Moscou

dem Großherzogtum Luxemburg, dem Königreich der Niederlande, dem Königreich Norwegen, der Portugiesischen Republik, dem Königreich Spanien, der Republik Türkei, dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland und den Vereinigten Staaten von Amerika.”.

5. Für Artikel II Absatz 1 Buchstabe B Sätze 1 und 2 des Vertrags gilt folgender Wortlaut als vereinbart:

„Der Begriff ‚Anwendungsgebiet‘ bezeichnet das gesamte Landgebiet der Vertragsstaaten in Europa vom Atlantischen Ozean bis zum Uralgebirge, einschließlich aller europäischen Inseln der Vertragsstaaten, darunter die Färöer-Inseln des Königreichs Dänemark, Svalbard einschließlich der Bäreninsel des Königreichs Norwegen, die Azoren und Madeira der Portugiesischen Republik, die Kanarischen Inseln des Königreichs Spanien sowie das Franz-Josef-Land und Nowaja Semlja der Russischen Föderation. Im Fall der Russischen Föderation und der Republik Kasachstan umfaßt das Anwendungsgebiet das gesamte Hoheitsgebiet westlich des Uralflusses und des Kaspischen Meeres.“.

6. In Artikel IV des Vertrags gelten in Übereinstimmung mit der bei der Unterzeichnung des Vertrags von der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorgelegten Landkarte folgende Wortlaute als vereinbart:

– Absatz 1 Satz 3:

„Solche ausgewiesenen ständigen Lagerungsstätten können sich auch in der Republik Moldau, in dem Teil der Ukraine, der den in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Teil des ehemaligen Militärbezirks Odessa umfaßt, sowie in dem Teil des Hoheitsgebiets der Russischen Föderation, der den südlichen Teil des Militärbezirks Leningrad umfaßt, befinden.“;

– Absatz 2 Satz 1:

„Innerhalb des Gebiets, das aus dem gesamten Landgebiet in Europa, einschließlich aller europäischen Inseln, der Republik Belarus, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark mit den Färöer-Inseln, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des im Anwendungsgebiet gelegenen Teils der Republik Kasachstan, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande, der Republik Polen, der Portugiesischen Republik mit den Azoren und Madeira, des Teils der Russischen Föderation, der den in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Teil des ehemaligen Militärbezirks Baltikum, den Militärbezirk Moskau und den in ihrem Hoheitsgebiet westlich vom Uralgebirge gelegenen Teil des Militärbezirks Wolga-Ural umfaßt, des Königreichs Spanien mit den Kanarischen Inseln, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen

Ukraine comprising the former Carpathian and former Kiev Military Districts and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, each State Party shall limit and, as necessary, reduce its battle tanks, armoured combat vehicles and artillery so that, 40 months after entry into force of this Treaty and thereafter, for the group of States Parties to which it belongs the aggregate numbers do not exceed:"

- the first sentence of paragraph 3 shall be understood to read:

"Within the area consisting of the entire land territory in Europe, which includes all the European island territories, of the Republic of Belarus, the Kingdom of Belgium, the Czech and Slovak Federal Republic, the Kingdom of Denmark including the Faroe Islands, the French Republic, the Federal Republic of Germany, the Republic of Hungary, the Italian Republic, the Grand Duchy of Luxembourg, the Kingdom of the Netherlands, the Republic of Poland, that part of the Russian Federation comprising the portion of the former Baltic Military District on its territory, that part of the territory of Ukraine comprising the former Carpathian and former Kiev Military Districts and the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, each State Party shall limit and, as necessary, reduce its battle tanks, armoured combat vehicles and artillery so that, 40 months after entry into force of this Treaty and thereafter, for the group of States Parties to which it belongs the aggregate numbers in active units do not exceed:"

- the first sentence in paragraph 3(D) shall be understood to read:

"in that part of Ukraine comprising the former Kiev Military District, the aggregate numbers in active units and designated permanent storage sites together shall not exceed:"

- 7. The first sentence of paragraph 1(A) of Article V of the Treaty shall be understood, in accordance with the map provided by the former Union of Soviet Socialist Republics at signature of the Treaty, to read:

"within the area consisting of the entire land territory in Europe, which includes all the European island territories, of the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Bulgaria, the Republic of Georgia, the Hellenic Republic, the Republic of Iceland, the Republic of Moldova, the Kingdom of Norway, Romania, that part of the Russian Federation comprising the Leningrad and North Caucasus Military Districts, the part of the Republic of Turkey within the

et la portion de la région militaire Volga-Oural située sur son territoire à l'ouest des monts Oural, de la République fédérative tchèque et slovaque et de la partie du territoire de l'Ukraine comprenant les anciennes régions militaires des Carpathes et de Kiev, chaque Etat Partie limite et, en tant que de besoin, réduit les quantités de ses chars de bataille, véhicules blindés de combat et pièces d'artillerie de sorte que, 40 mois après l'entrée en vigueur du présent Traité et à l'avenir, pour le groupe d'Etats Parties auquel il appartient, les quantités globales ne dépassent pas:»

- la première phrase du paragraphe 3 est interprétée pour se lire:

«Dans la zone comprenant l'ensemble du territoire terrestre situé en Europe, y compris tous les territoires insulaires européens, de la République fédérale d'Allemagne, de la République du Bélarus, du Royaume de Belgique, du Royaume de Danemark, y compris les îles Féroé, de la République française, du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, de la République de Hongrie, de la République italienne, du Grand-Duché de Luxembourg, du Royaume des Pays-Bas, de la République de Pologne, de la partie de la Fédération de Russie comprenant la portion de l'ancienne région militaire de la Baltique située sur son territoire, de la République fédérative tchèque et slovaque et de la partie du territoire de l'Ukraine comprenant les anciennes régions militaires des Carpathes et de Kiev, chaque Etat Partie limite et, en tant que de besoin, réduit les quantités de ses chars de bataille, véhicules blindés de combat et pièces d'artillerie de sorte que, 40 mois après l'entrée en vigueur du présent Traité et à l'avenir, pour le groupe d'Etats Parties auquel il appartient, les quantités globales en unités d'active ne dépassent pas:»

- la première phrase du paragraphe 3(D) est interprétée pour se lire:

«dans la partie de l'Ukraine comprenant l'ancienne région militaire de Kiev, les quantités globales, en unités d'active et en dépôts permanents désignés, ne dépassent pas au total:».

- 7. La première phrase du paragraphe 1(A) de l'Article V du Traité est interprétée, conformément à la carte fournie par l'ex-Union des Républiques socialistes soviétiques au moment de la signature du Traité, pour se lire:

«dans la zone comprenant l'ensemble du territoire terrestre situé en Europe, y compris tous les territoires insulaires européens, de la République d'Azerbaïdjan, de la République de Bulgarie, de la République de Géorgie, de la République hellénique, de la République d'Islande, de la République de Moldova, du Royaume de Norvège, de la Roumanie, de la partie de la Fédération de Russie comprenant les régions militaires de

Republik, des Teils des Hoheitsgebiets der Ukraine, der die ehemaligen Militärbezirke Karpaten und Kiew umfaßt, der Republik Ungarn und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland besteht, begrenzt jeder Vertragsstaat seine Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen und reduziert sie erforderlichenfalls, so daß 40 Monate nach Inkrafttreten des Vertrags und danach die Gesamtzahl für die Gruppe von Vertragsstaaten, der er angehört, nicht größer ist als:“;

- Absatz 3 Satz 1:

„Innerhalb des Gebiets, das aus dem gesamten Landgebiet in Europa, einschließlich aller europäischen Inseln, der Republik Belarus, des Königreichs Belgien, des Königreichs Dänemark mit den Färöer-Inseln, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, des Großherzogtums Luxemburg, des Königreichs der Niederlande, der Republik Polen, des Teils der Russischen Föderation, der den in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Teil des ehemaligen Militärbezirks Baltikum umfaßt, der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, des Teils des Hoheitsgebiets der Ukraine, der die ehemaligen Militärbezirke Karpaten und Kiew umfaßt, der Republik Ungarn und des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland besteht, begrenzt jeder Vertragsstaat seine Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen und reduziert sie erforderlichenfalls, so daß 40 Monate nach Inkrafttreten des Vertrags und danach die Gesamtzahl für die Gruppe von Vertragsstaaten, der er angehört, in aktiven Truppenteilen nicht größer ist als:“;

- Absatz 3 Buchstabe D:

„in dem Teil der Ukraine, der den ehemaligen Militärbezirk Kiew umfaßt, darf die Gesamtzahl in aktiven Truppenteilen und ausgewiesenen ständigen Lagerungsstätten insgesamt nicht höher sein als:“

- 7. Für Artikel V Absatz 1 Buchstabe A Satz 1 des Vertrags gilt in Übereinstimmung mit der bei der Unterzeichnung des Vertrags von der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vorgelegten Landkarte folgender Wortlaut als vereinbart:

„Innerhalb des Gebiets, das aus dem gesamten Landgebiet in Europa, einschließlich aller europäischen Inseln, der Republik Armenien, der Aserbaidschanschen Republik, der Republik Bulgarien, der Republik Georgien, der Griechischen Republik, der Republik Island, der Republik Moldau, des Königreichs Norwegen, Rumäniens, des Teils der Russischen Föderation, der die Militärbezirke Leningrad und Nordkaukasus umfaßt, des Teils der Republik

area of application and that part of Ukraine comprising the portion of the former Odessa Military District on its territory, each State Party shall limit and, as necessary, reduce its battle tanks, armoured combat vehicles and artillery so that, 40 months after entry into force of this Treaty and thereafter, for the group of States Parties to which it belongs the aggregate numbers in active units do not exceed the difference between the overall numerical limitations set forth in Article IV, paragraph 1 and those in Article IV, paragraph 2, that is:".

8. Paragraph 3 of Section I of the Protocol on Procedures Governing the Categorisation of Combat Helicopters and the Recategorisation of Multi-Purpose Attack Helicopters shall be understood to read:

"Notwithstanding the provisions in paragraph 2 of this Section and as a unique exception to that paragraph, the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Belarus, the Republic of Georgia, the Republic of Kazakhstan, the Republic of Moldova, the Russian Federation and Ukraine may hold an aggregate total not to exceed 100 Mi-24R and Mi-24K helicopters equipped for reconnaissance, spotting, or chemical/biological/radiological sampling which shall not be subject to the limitations on attack helicopters in Articles IV and VI of the Treaty. Such helicopters shall be subject to exchange of information in accordance with the Protocol on Information Exchange and to internal inspection in accordance with Section VI, paragraph 30 of the Protocol on Inspection. Mi-24R and Mi-24K helicopters in excess of this limit shall be categorised as specialised attack helicopters regardless of how they are equipped and shall count against the limitations on attack helicopters in Articles IV and VI of the Treaty."

9. With reference to paragraph 11 of the Protocol on the Joint Consultative Group, the proportion of the expenses of the Joint Consultative Group allocated to the Union of Soviet Socialist Republics shall become the collective responsibility of the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Belarus, the Republic of Georgia, the Republic of Kazakhstan, the Republic of Moldova, the Russian Federation and Ukraine.

Léningrad et du Nord-Caucase, de la partie de la République de Turquie située dans la zone d'application et de la partie de l'Ukraine comprenant la portion de l'ancienne région militaire d'Odessa située sur son territoire, chaque Etat Partie limite et, en tant que de besoin, réduit les quantités de ses chars de bataille, véhicules blindés de combat et pièces d'artillerie de sorte que, 40 mois après l'entrée en vigueur du présent Traité et à l'avenir, pour le groupe d'Etats Parties auquel il appartient, les quantités globales en unités d'active ne dépassent pas la différence entre les limites numériques globales établies par l'Article IV, paragraphe 1 et celles établies par l'Article IV, paragraphe 2, soit:».

8. Le paragraphe 3 de la Section I du Protocole sur les procédures régissant le classement des hélicoptères de combat et le reclassement des hélicoptères d'attaque polyvalents est interprété pour se lire:

«Nonobstant les dispositions du paragraphe 2 de la présente Section et à titre d'exception unique à ce paragraphe, la République d'Arménie, la République d'Azerbaïdjan, la République du Bélarus, la République de Géorgie, la République du Kazakhstan, la République de Moldova, la Fédération de Russie et l'Ukraine peuvent détenir un total général ne dépassant pas 100 hélicoptères MI-24R et MI-24K équipés pour la reconnaissance, le réglage des tirs de l'artillerie ou le recueil d'échantillons chimiques, biologiques, radiologiques, qui ne sont pas soumis aux limites prévues pour les hélicoptères d'attaque par les Articles IV et VI du Traité. Ces hélicoptères sont soumis à échange d'informations conformément au Protocole sur l'échange d'informations et à inspection interne conformément à la Section VI, paragraphe 30, du Protocole sur l'inspection. Les hélicoptères MI-24R et MI-24K en excédent de cette limite sont classés comme hélicoptères d'attaque spécialisés, quel que soit leur équipement, et comptés sous les limites des hélicoptères d'attaque prévues par les Articles IV et VI du Traité.».

9. En ce qui concerne la paragraphe 11 du Protocole sur le Groupe consultatif commun, la proportion des dépenses du Groupe consultatif commun imputable à l'Union des Républiques socialistes soviétiques devient la responsabilité collective de la République d'Arménie, la République d'Azerbaïdjan, la République du Bélarus, la République de Géorgie, la République du Kazakhstan, la République de Moldova, la Fédération de Russie et l'Ukraine.

Türkei, der sich im Anwendungsgebiet befindet, und des Teils der Ukraine, der den in ihrem Hoheitsgebiet gelegenen Teil des ehemaligen Militärbezirks Odessa umfaßt, besteht, begrenzt jeder Vertragsstaat seine Kampfpanzer, gepanzerten Kampffahrzeuge und Artilleriewaffen und reduziert sie erforderlichenfalls, so daß 40 Monate nach Inkrafttreten des Vertrags und danach die Gesamtzahl für die Gruppe von Vertragsstaaten, der er angehört, in aktiven Truppenteilen nicht größer ist als die Differenz zwischen den in Artikel IV Absatz 1 festgelegten zahlenmäßigen Gesamtbegrenzungen und den in Artikel IV Absatz 2 festgelegten Begrenzungen, nämlich:».

8. Für Abschnitt I Absatz 3 des Protokolls über Verfahren zur Kategorisierung von Kampfhubschraubern und zur Rekategorisierung von Mehrzweck-Angriffshubschraubern gilt folgender Wortlaut als vereinbart:

„Ungeachtet des Absatzes 2 und als einzige Ausnahme von dieser Bestimmung dürfen die Republik Armenien, die Aserbaidschanische Republik, die Republik Belarus, die Republik Georgien, die Republik Kasachstan, die Republik Moldau, die Russische Föderation und die Ukraine eine Gesamtzahl von bis zu 100 Hubschraubern der Typen Mi-24R und Mi-24K behalten, die für Aufklärung, Zielidentifikation oder die Entnahme von chemischen/biologischen/radiologischen Proben ausgerüstet sind; diese Hubschrauber unterliegen nicht den Begrenzungen für Angriffshubschrauber nach den Artikeln IV und VI des Vertrags. Diese Hubschrauber unterliegen dem Informationsaustausch im Einklang mit dem Protokoll über Informationsaustausch und der internen Inspektion in Übereinstimmung mit Abschnitt VI Absatz 30 des Inspektionsprotokolls. Mi-24R- und Mi-24K-Hubschrauber über diese Gesamtzahl hinaus werden ungeachtet dessen, wie sie ausgerüstet sind, als Spezial-Angriffshubschrauber kategorisiert und auf die Begrenzungen für Angriffshubschrauber nach den Artikeln IV und VI des Vertrags angerechnet.“.

9. Der nach Absatz 11 des Protokolls über die Gemeinsame Beratungsgruppe auf die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken entfallende Anteil an den Kosten der Gemeinsamen Beratungsgruppe geht in die kollektive Verantwortung der Republik Armenien, der Aserbaidschanischen Republik, der Republik Belarus, der Republik Georgien, der Republik Kasachstan, der Republik Moldau, der Russischen Föderation und der Ukraine über.

**Annex B: Notifications,
Confirmations and Commitments**

I: Notifications

1. The States Parties note that each State Party has provided to all other States Parties notifications of maximum levels for its holdings of conventional armaments and equipment limited by the Treaty (Article VII, paragraph 2) in advance of the Extraordinary Conference.
2. Each State Party shall provide the following notifications and information, where applicable, to all other States Parties no later than July 1, 1992:
 - (A) in view of the inspection requirements in the Treaty, information on its objects of verification and declared sites effective as of November 19, 1990 (Protocol on Notification and Exchange of Information, Section V and Annex on the Format for the Exchange of Information, Section V);
 - (B) list of its points of entry/exit (Annex on Format for the Exchange of Information, Section V, paragraph 3);
 - (C) notification of changes to its points of entry/exit (Protocol on Inspection, Section III, paragraph 11);
 - (D) lists of its proposed inspectors and transport crew members (Protocol on Inspection, Section III, paragraph 3);
 - (E) notification of deletions from the lists of inspectors and transport crew members (Protocol on Inspection, Section III, paragraphs 4 and 7);
 - (F) notification of its standing diplomatic clearance numbers for transportation means (Protocol on Inspection, Section III, paragraph 9);
 - (G) notification of the official language or languages to be used by inspection teams (Protocol on Inspection, Section III, paragraph 12);
 - (H) notification of its active inspection quota for the baseline validation period (Protocol on Inspection, Section II, paragraph 24);
 - (I) notification of entry into service of new types, models or versions of conventional armaments and equipment subject to the Treaty (Protocol on Existing Types, Section IV, paragraph 3);
 - (J) notification in the event of destruction by accident, and documentary evidence supporting destruction by accident, of conventional armaments and equipment limited by the Treaty (Protocol on Reduction, Section IX, paragraphs 2 and 3).

**Annexe B: Notifications,
confirmations et engagements**

I. Notifications

1. Les Etats Parties notent que chaque Etat Partie a notifié à tous les autres Etats Parties, préalablement à la Conférence extraordinaire, les niveaux maximaux de ses dotations en armements et équipements conventionnels limités par le Traité (Article VII, paragraphe 2).
2. Chaque Etat Partie communique les notifications et informations suivantes, en tant que de besoin, à tous les autres Etats Parties, le 1^{er} juillet 1992 au plus tard:
 - (A) au vu des besoins en matière d'inspection énoncés dans le Traité, informations sur ses objets de vérification et sites déclarés valables le 19 novembre 1990 (Protocole sur la notification et l'échange d'informations, Section V, et Annexe sur les formulaires pour l'échange d'informations, Section V);
 - (B) liste de ses points d'entrée/sortie (Annexe sur les formulaires pour l'échange d'informations, Section V, paragraphe 3);
 - (C) notification des modifications de ses points d'entrée/sortie (Protocole sur l'inspection, Section III, paragraphe 11);
 - (D) listes des inspecteurs et des membres des équipages de transport qu'il propose (Protocole sur l'inspection, Section III, paragraphe 3);
 - (E) notification des radiations des listes des inspecteurs et des membres des équipages de transport (Protocole sur l'inspection, Section III, paragraphes 4 et 7);
 - (F) notification de ses numéros d'autorisation diplomatique permanente pour les moyens de transport (Protocole sur l'inspection, Section III, paragraphe 9);
 - (G) notification de la langue ou des langues officielles devant être utilisée(s) par les équipes d'inspection (Protocole sur l'inspection, Section III, paragraphe 12);
 - (H) notification de son quota actif d'inspection pour la période de validation initiale (Protocole sur l'inspection, Section II, paragraphe 24);
 - (I) notification de l'entrée en service des nouveaux types, modèles ou versions d'armements et équipements conventionnels soumis au Traité (Protocole sur les types existants, Section IV, paragraphe 3);
 - (J) notification en cas de destruction par accident, et documents probants attestant ladite destruction par accident, pour les armements et équipements conventionnels limités par le Traité (Protocole sur la réduction, Section IX, paragraphes 2 et 3).

**Anlage B: Notifikationen,
Bestätigungen und Verpflichtungen**

I: Notifikationen

1. Die Vertragsstaaten stellen fest, daß jeder Vertragsstaat allen anderen Vertragsstaaten vor der Außerordentlichen Konferenz Notifikationen betreffend die Anteilshöchstgrenzen für seine durch den Vertrag begrenzten konventionellen Waffen und Ausrüstungen (Artikel VII Absatz 2) übermittelt hat.
2. Jeder Vertragsstaat übermittelt gegebenenfalls allen anderen Vertragsstaaten die folgenden Notifikationen und Informationen spätestens am 1. Juli 1992:
 - (A) Im Hinblick auf die Inspektionserfordernisse gemäß dem Vertrag, Informationen über seine Verifikationsobjekte und gemeldeten Inspektionsstätten mit Stichtag 19. November 1990 (Abschnitt V des Protokolls über Notifikationen und Informationsaustausch und Abschnitt V der Anlage über das Format für den Informationsaustausch);
 - (B) Liste seiner Einreise-/Ausreiseorte (Abschnitt V Absatz 3 der Anlage über das Format für den Informationsaustausch);
 - (C) Notifikation von Änderungen seiner Einreise-/Ausreiseorte (Abschnitt III Absatz 11 des Inspektionsprotokolls);
 - (D) Listen seiner vorgeschlagenen Inspektoren und Besatzungsmitglieder (Abschnitt III Absatz 3 des Inspektionsprotokolls);
 - (E) Notifikation von Streichungen von den Listen der Inspektoren und Besatzungsmitglieder (Abschnitt III Absätze 4 und 7 des Inspektionsprotokolls);
 - (F) Notifikation seiner ständigen diplomatischen Einfluggenehmigungsnummern für Beförderungsmittel (Abschnitt III Absatz 9 des Inspektionsprotokolls);
 - (G) Notifikation der amtlichen Sprache(n), deren sich die Inspektionsteams bedienen sollen (Abschnitt III Absatz 12 des Inspektionsprotokolls);
 - (H) Notifikation seiner aktiven Inspektionsquote für die Evaluierungsphase für Ausgangsdaten (Abschnitt II Absatz 24 des Inspektionsprotokolls);
 - (I) Notifikation der Indienstellung neuer Typen, Modelle oder Versionen von dem Vertrag unterliegenden konventionellen Waffen und Ausrüstungen (Abschnitt IV Absatz 3 des Protokolls über vorhandene Typen);
 - (J) Notifikation im Fall der Zerstörung durch Unfall von durch den Vertrag begrenzten konventionellen Waffen und Ausrüstungen und beweiskräftige Unterlagen für die Zerstörung durch Unfall (Abschnitt IX Absätze 2 und 3 des Reduzierungsprotokolls).

II: Confirmations

1. With regard to Article VIII, paragraph 7, of the Treaty, the States Parties confirm that, except as otherwise provided for in the Treaty, their respective reduction liabilities in each category shall be no less than the difference between their respective holdings notified, in accordance with the Protocol on Information Exchange, as of the signature of the Treaty, and their respective maximum levels for holdings notified pursuant to Article VII. In this regard, for those States Parties that have jointly confirmed the validity for them of holdings as of the signature of the Treaty, the sum of their reduction liabilities in each category shall, except as otherwise provided for in the Treaty, be no less than the difference between the jointly confirmed holdings and the sum of their maximum levels for holdings notified pursuant to Article VII.

2. The States Parties confirm their commitment, in the Declaration of the States Parties to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe with Respect to Personnel Strength of November 19, 1990, not to increase during the period of the negotiations referred to in Article XVIII of the Treaty the total peacetime authorised personnel strength of their conventional armed forces pursuant to the Mandate in the area of application.

3. The States Parties confirm their commitment to the Declaration of the States Parties to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe with Respect to Land-based Naval Aircraft of November 19, 1990.

4. The States Parties confirm their adherence to the agreement set out in the Statement by the Chairman of the Joint Consultative Group on October 18, 1991.

III: Commitments

A: Costs

1. In accordance with Article XVI, paragraph 2 (F), of the Treaty, and with reference to paragraph 11 of the Protocol on the Joint Consultative Group, the Joint Consultative Group shall review its scale of distribution of expenses after entry into force of the Treaty in the light of decisions taken on the scale of distribution of expenses of the Conference on Security and Cooperation in Europe.

B: Article XII

1. In order to meet the security interests of all States Parties in light of new circumstances in Europe, the States Parties shall as a first priority seek to reach agreement, immediately after entry into force of the Treaty, on Article XII, paragraph 1, of the Treaty.

2. In this context, the States Parties will cooperate to respect the security objectives of Article XII within the area of application of

II. Confirmations

1. En ce qui concerne l'Article VIII, paragraphe 7, du Traité, les Etats Parties confirment que, sauf dispositions contraires dans le Traité, leurs obligations respectives de réduction dans chaque catégorie ne sont pas inférieures à la différence entre leurs dotations respectives notifiées à la signature du Traité, conformément au Protocole sur l'échange d'informations, et leurs niveaux maximaux de dotations respectifs notifiés en vertu de l'Article VII. A cet égard, pour les Etats Parties qui ont confirmé conjointement pour ce qui les concerne la validité des dotations à la signature du Traité, la somme de leurs obligations de réduction dans chaque catégorie n'est pas, sauf dispositions contraires dans le Traité, inférieure à la différence entre les dotations confirmées conjointement et la somme de leurs niveaux maximaux de dotations notifiés en vertu de l'Article VII.

2. Les Etats Parties confirment leur engagement, par la Déclaration des Etats Parties au Traité sur les forces armées conventionnelles relative aux effectifs en date du 19 novembre 1990, de ne pas augmenter, au cours de la période des négociations mentionnées à l'Article XVIII du Traité, l'effectif total autorisé en temps de paix de leurs forces armées conventionnelles en vertu du Mandat, dans la zone d'application.

3. Les Etats Parties confirment l'engagement qu'ils ont pris dans la Déclaration des Etats Parties au Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe relative à l'aviation navale basée à terre en date du 19 novembre 1990.

4. Les Etats Parties confirment leur adhésion à l'Accord consigné dans la Déclaration du Président du Groupe consultatif commun en date du 18 octobre 1991.

III. Engagements

A. Coûts

1. Conformément au paragraphe 2(F) de l'Article XVI du Traité et en référence au paragraphe 11 du Protocole sur le Groupe consultatif commun, le Groupe consultatif commun réexamine son mode de répartition des dépenses après l'entrée en vigueur du Traité à la lumière des décisions prises sur le mode de répartition des dépenses de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe.

B. Article XII

1. Pour répondre aux intérêts de sécurité de tous les Etats Parties à la lumière de nouvelles circonstances en Europe, les Etats Parties s'efforcent en toute priorité de conclure un accord, immédiatement après l'entrée en vigueur du Traité, sur le paragraphe 1 de l'Article XII du Traité.

2. Dans ce contexte, les Etats Parties coopéreront en vue de respecter les objectifs de sécurité de l'Article XII dans la zone

II: Bestätigungen

1. In bezug auf Artikel VIII Absatz 7 des Vertrags bestätigen die Vertragsstaaten, daß, soweit im Vertrag nichts anderes vorgesehen ist, ihre jeweiligen Reduzierungsverpflichtungen in jeder Kategorie nicht geringer sein dürfen als die Differenz zwischen ihren jeweiligen nach dem Protokoll über Informationsaustausch bei Unterzeichnung des Vertrags notifizierten Beständen und ihren jeweiligen nach Artikel VII notifizierten Anteilshöchstgrenzen. Diesbezüglich darf für jene Vertragsstaaten, die gemeinsam bestätigt haben, daß die Bestände bei Unterzeichnung des Vertrags für sie Gültigkeit haben, die Summe ihrer Reduzierungsverpflichtungen in jeder Kategorie nicht geringer sein als die Differenz zwischen ihren gemeinsam bestätigten Beständen und der Summe ihrer nach Artikel VII notifizierten Anteilshöchstgrenzen, soweit im Vertrag nichts anderes vorgesehen ist.

2. Die Vertragsstaaten bekräftigen ihre in der Erklärung der Vertragsstaaten des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa vom 19. November 1990 in bezug auf Personalstärken eingegangene Verpflichtung, für die Dauer der in Artikel XVIII des Vertrags genannten Verhandlungen den festgelegten friedensmäßigen Gesamtpersonalumfang ihrer konventionellen Streitkräfte gemäß dem Mandat im Anwendungsgebiet nicht zu erhöhen.

3. Die Vertragsstaaten bekräftigen ihr Bekenntnis zur Erklärung der Vertragsstaaten des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa vom 19. November 1990 in bezug auf landgestützte Marineflugzeuge.

4. Die Vertragsstaaten bekräftigen, sich an die in der Erklärung des Vorsitzenden der Gemeinsamen Beratungsgruppe vom 18. Oktober 1991 angeführte Vereinbarung zu halten.

III: Verpflichtungen

A: Kosten

1. In Übereinstimmung mit Artikel XVI Absatz 2 Buchstabe (F) des Vertrags und unter Bezugnahme auf Absatz 11 des Protokolls über die Gemeinsame Beratungsgruppe ihren Schlüssel für die Verteilung der Kosten nach Inkrafttreten des Vertrags unter Berücksichtigung von Beschlüssen über den Schlüssel für die Verteilung der Kosten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa überprüfen.

B: Artikel XII

1. Um den Sicherheitsinteressen aller Vertragsstaaten angesichts neuer Verhältnisse in Europa zu entsprechen, werden die Vertragsstaaten als erste Priorität unmittelbar nach Inkrafttreten des Vertrags danach streben, zu einer Einigung über Artikel XII Absatz 1 des Vertrags zu gelangen.

2. In diesem Zusammenhang werden die Vertragsstaaten zusammenwirken, damit die Sicherheitsziele nach Artikel XII inner-

the Treaty. In particular, no State Party will increase, within the area of application, its holdings of armoured infantry fighting vehicles held by organisations designed and structured to perform in peacetime internal security functions above that aggregate number held by such organisations at the time of signature of the Treaty, as notified pursuant to the information exchange effective as of November 19, 1990.

3. Notwithstanding the political commitment set forth in paragraph 2 above, any State Party that had an aggregate number of armoured infantry fighting vehicles held by organisations designed and structured to perform in peacetime internal security functions on its territory, as notified effective as of November 19, 1990, that was less than five percent of its maximum levels for holdings for armoured combat vehicles, as notified pursuant to Article VII, paragraph 2, of the Treaty, or less than 100 such armoured infantry fighting vehicles, whichever is greater, will have the right to increase its holdings of such armoured infantry fighting vehicles to an aggregate number not to exceed five percent of its maximum levels for holdings for armoured combat vehicles, as notified pursuant to Article VII, paragraph 2, of the Treaty, or to an aggregate number not to exceed 100, whichever is greater.

Done at Oslo, this fifth day of June, one thousand nine hundred and ninety-two.

d'application du Traité. En particulier, aucun Etat Partie n'augmentera, dans la zone d'application, ses dotations en véhicules blindés de combat d'infanterie détenus par des organisations conçues et structurées pour remplir en temps de paix des fonctions de sécurité intérieure, au-delà des nombres globaux dont disposaient ces organisations au moment de la signature du Traité, tels que notifiés en vertu de l'échange d'informations valables le 19 novembre 1990.

3. Nonobstant l'engagement politique énoncé au paragraphe 2 ci-dessus, tout Etat Partie qui avait sur son territoire un nombre global de véhicules blindés de combat d'infanterie détenus par des organisations conçues et structurées pour remplir en temps de paix des fonctions de sécurité intérieure, tel que notifié comme valable le 19 novembre 1990, inférieur à cinq pour cent des niveaux maximaux de ses dotations en véhicules blindés de combat notifiés en vertu du paragraphe 2 de l'Article VII du Traité, ou moins de 100 de ces véhicules blindés de combat d'infanterie, le plus élevé de ces deux chiffres étant retenu, aura le droit d'augmenter ses dotations de tels véhicules blindés de combat d'infanterie jusqu'à un nombre global ne dépassant pas cinq pour cent des niveaux maximaux de ses dotations en véhicules blindés de combat d'infanterie notifiés en vertu du paragraphe 2 de l'Article VII du Traité, ou un nombre global ne dépassant pas 100, le plus élevé de ces deux chiffres étant retenu.

Fait à Oslo, le cinq juin mil neuf cent quatre-vingt-douze.

halb des Anwendungsgebiets des Vertrags gewahrt werden. So wird insbesondere kein Vertragsstaat innerhalb des Anwendungsgebiets seine Bestände an Schützenpanzern, die zu Gliederungen gehören, die ihrer Aufgabe und Struktur nach in Friedenszeiten Funktionen der inneren Sicherheit wahrnehmen, über die Gesamtzahl hinaus erhöhen, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Vertrags zu solchen Gliederungen gehörte und mit Stichtag 19. November 1990 nach Maßgabe des Informationsaustausches notifiziert wurde.

3. Unbeschadet der politischen Verpflichtung in Absatz 2 ist jeder Vertragsstaat, dessen mit Stichtag 19. November 1990 notifizierte Gesamtzahl an Schützenpanzern in Gliederungen, die ihrer Aufgabe und Struktur nach in Friedenszeiten in seinem Hoheitsgebiet Funktionen der inneren Sicherheit wahrnehmen, weniger als fünf Prozent seiner nach Artikel VII Absatz 2 des Vertrags notifizierten Anteilshöchstgrenzen für gepanzerte Kampffahrzeuge beziehungsweise weniger als 100 solcher Schützenpanzer betrug, wobei die höhere Zahl maßgeblich ist, berechtigt, seine Bestände an solchen Schützenpanzern auf eine Gesamtzahl von höchstens fünf Prozent seiner nach Artikel VII Absatz 2 des Vertrags notifizierten Anteilshöchstgrenzen für gepanzerte Kampffahrzeuge beziehungsweise auf eine Gesamtzahl von höchstens 100 Stück zu erhöhen, wobei die höhere Zahl maßgeblich ist.

Geschehen zu Oslo am 5. Juni 1992.

**Vorläufige Anwendung
des Vertrags vom 19. November 1990
über konventionelle Streitkräfte in Europa**

**Provisional Application
of the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe
of November 19, 1990**

**Application provisoire
du Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe
en date du 19 Novembre 1990**

The Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Belarus, the Kingdom of Belgium, the Republic of Bulgaria, Canada, the Czech and Slovak Federal Republic, the Kingdom of Denmark, the French Republic, the Republic of Georgia, the Federal Republic of Germany, the Hellenic Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Iceland, the Italian Republic, the Republic of Kazakhstan, the Grand Duchy of Luxembourg, the Republic of Moldova, the Kingdom of the Netherlands, the Kingdom of Norway, the Republic of Poland, the Portuguese Republic, Romania, the Russian Federation, the Kingdom of Spain, the Republic of Turkey, Ukraine, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, and the United States of America, which are the States Parties to the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe of November 19, 1990, hereinafter referred to as the States Parties,

Recalling the Final Document of the Extraordinary Conference of the States Parties of June 5, 1992, wherein they reaffirmed their determination to bring into force the Treaty on Conventional Armed Forces in Europe of November 19, 1990, hereinafter referred to as the Treaty, by the time of the Helsinki Summit Meeting of the Conference on Security and Co-operation in Europe on July 9–10, 1992,

Recognising that the Treaty is an important achievement on which to build the new Europe proclaimed by the Charter of Paris,

Having due regard to the ratification procedures of their parliaments and governments,

Taking note of the signing of the Concluding Act of the Negotiation on Personnel Strength of Conventional Armed Forces in Europe,

Having met together at an Extraordinary Conference chaired by the French Republic in Helsinki on July 10, 1992, pursuant to Article XXI, paragraph 2 of the Treaty, as provisionally applied,

La République fédérale d'Allemagne, les Etats-Unis d'Amérique, la République d'Arménie, la République d'Azerbaïdjan, la République du Bélarus, le Royaume de Belgique, la République de Bulgarie, le Canada, le Royaume de Danemark, le Royaume d'Espagne, la République française, la République de Géorgie, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, la République hellénique, la République de Hongrie, la République d'Islande, la République italienne, la République du Kazakhstan, le Grand-Duché de Luxembourg, la République de Moldova, le Royaume de Norvège, le Royaume des Pays-Bas, la République de Pologne, la République portugaise, la Roumanie, la Fédération de Russie, la République fédérative tchèque et slovaque, la République de Turquie et l'Ukraine, qui sont les Etats Parties au Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe en date du 19 novembre 1990, ci-après désignés comme les Etats Parties,

Rappelant le Document final de la Conférence extraordinaire des Etats Parties en date du 5 juin 1992, dans lequel ils ont réaffirmé leur détermination à assurer l'entrée en vigueur du Traité sur les forces armées conventionnelles en Europe en date du 19 novembre 1990, ci-après désigné comme le Traité, d'ici à la Réunion au sommet de Helsinki de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe les 9 et 10 juillet 1992,

Reconnaissant que le Traité est une réalisation importante dans l'édification de la nouvelle Europe proclamée par la Charte de Paris,

Tenant dûment compte des procédures de ratification de leurs parlements et gouvernements,

Prenant note de la signature de l'Acte de clôture de la négociation sur les effectifs des forces armées conventionnelles en Europe,

S'étant réunis en une Conférence extraordinaire présidée par la République française le 10 juillet 1992 à Helsinki, en vertu du paragraphe 2 de l'Article XXI du Traité, tel qu'il est provisoirement appliqué,

Die Republik Armenien, die Aserbaidschanische Republik, die Republik Belarus, das Königreich Belgien, die Republik Bulgarien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Republik Georgien, die Griechische Republik, die Republik Island, die Italienische Republik, Kanada, die Republik Kasachstan, das Großherzogtum Luxemburg, die Republik Moldau, das Königreich der Niederlande, das Königreich Norwegen, die Republik Polen, die Portugiesische Republik, Rumänien, die Russische Föderation, das Königreich Spanien, die Tschechische und Slowakische Föderative Republik, die Republik Türkei, die Ukraine, die Republik Ungarn, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland und die Vereinigten Staaten von Amerika, welche die Vertragsstaaten des Vertrags vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa sind, im folgenden als Vertragsstaaten bezeichnet,

unter Hinweis auf das Schlußdokument der Außerordentlichen Konferenz der Vertragsstaaten vom 5. Juni 1992, in dem sie ihre Entschlossenheit zum Ausdruck brachten, den Vertrag vom 19. November 1990 über konventionelle Streitkräfte in Europa, im folgenden als Vertrag bezeichnet, bis zu dem am 9. – 10. Juli 1992 in Helsinki stattfindenden Gipfeltreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Kraft zu setzen,

in der Erkenntnis, daß der Vertrag ein wichtiges Ergebnis für den Aufbau des in der Charta von Paris verkündeten neuen Europa darstellt,

unter gebührender Berücksichtigung der Ratifikationsverfahren ihrer Parlamente und Regierungen,

in Anbetracht der Unterzeichnung der Abschließenden Akte der Verhandlungen über Personalstärken der konventionellen Streitkräfte in Europa,

zu einer Außerordentlichen Konferenz unter dem Vorsitz der Französischen Republik am 10. Juli 1992 in Helsinki in vorläufiger Anwendung des Artikels XXI Absatz 2 des Vertrags zusammengetreten,

Have agreed as follows:

1. Without prejudice to the provisions of Article XXII of the Treaty and notwithstanding the Protocol on Provisional Application of the Treaty, the States Parties shall apply provisionally all of the provisions of the Treaty, beginning on July 17, 1992, on the basis of the agreement reached by all States Parties expressed hereby. The States Parties deem that such provisional application constitutes an improvement to the Treaty.
2. Such provisional application of the Treaty shall be for a period of 120 days but shall terminate upon entry into force of the Treaty if the Treaty enters into force before such 120-day period expires.
3. In order to enhance the operation of the Treaty, during such period of provisional application as well as following entry into force of the Treaty, the date set forth in paragraph 1 above shall be used as the basis for determining the timing of all rights and obligations of the States Parties that are specifically tied to the date of entry into force of the Treaty.
4. An extraordinary conference shall be convened, in accordance with Article XXI, paragraph 2 of the Treaty, in connection with entry into force of the Treaty in order to assess the implementation of the Treaty in light of its provisional application pursuant hereto.
5. This document, in all the official languages of the Conference on Security and Co-operation in Europe, shall be deposited with the Government of the Kingdom of the Netherlands, as the designated Depositary for the Treaty, which shall circulate copies of this document to all the States Parties.

Done at Helsinki, this tenth day of July, one thousand nine hundred and ninety-two.

Sont convenus de ce qui suit:

1. Sans préjudice des dispositions de l'Article XXII du Traité et nonobstant le Protocole sur l'application provisoire du Traité, les Etats Parties appliquent provisoirement toutes les dispositions du Traité, à compter du 17 juillet 1992, sur la base de l'accord exprimé par le présent document auquel sont parvenus tous les Etats Parties. Les Etats Parties considèrent que ladite application provisoire constitue une amélioration du Traité.
2. Ladite application provisoire du Traité s'étend sur une période de 120 jours mais elle prend fin dès que le Traité entre en vigueur si celui-ci entre en vigueur avant l'expiration de cette période de 120 jours.
3. En vue d'améliorer le fonctionnement du Traité, au cours de ladite période d'application provisoire de même qu'après l'entrée en vigueur du Traité, la date indiquée au paragraphe 1 ci-dessus sert de base pour déterminer l'échelonnement dans le temps de tous les droits et obligations des Etats Parties qui sont spécifiquement liés à la date d'entrée en vigueur du Traité.
4. Une conférence extraordinaire sera convoquée, conformément aux dispositions du paragraphe 2 de l'Article XXI du Traité, en liaison avec l'entrée en vigueur du Traité afin d'évaluer la mise en œuvre du Traité à la lumière de son application provisoire telle qu'elle est prévue dans le présent document.
5. Le présent document, dans toutes les langues officielles de la Conférence sur la sécurité et la coopération en Europe, est déposé auprès du Gouvernement du Royaume des Pays-Bas, en tant que Dépositaire désigné du Traité, qui transmet à tous les Etats Parties des copies de ce document.

Fait à Helsinki, le dix juillet mil neuf cent quatre-vingt-douze.

sind wie folgt übereingekommen:

1. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels XXII des Vertrags und ungeachtet des Protokolls über die vorläufige Anwendung des Vertrags wenden die Vertragsstaaten alle Bestimmungen des Vertrags ab dem 17. Juli 1992 auf der Grundlage der Übereinkunft zwischen allen Vertragsstaaten, welche hiermit bekundet wird, vorläufig an. Die Vertragsstaaten sind der Auffassung, daß diese vorläufige Anwendung eine Verbesserung des Vertrags darstellt.
2. Diese vorläufige Anwendung des Vertrags ist für eine Frist von 120 Tagen gültig, endet jedoch mit Inkrafttreten des Vertrags, wenn der Vertrag vor Ablauf der Frist von 120 Tagen in Kraft tritt.
3. Zur besseren Durchführung des Vertrags wird während der Frist der vorläufigen Anwendung sowie nach Inkrafttreten des Vertrags das in Absatz 1 dieses Dokuments festgesetzte Datum als Grundlage herangezogen, um den zeitlichen Rahmen aller ausdrücklich an das Datum des Inkrafttretens des Vertrags gebundenen Rechte und Pflichten der Vertragsstaaten festzulegen.
4. Im Einklang mit Artikel XXI Absatz 2 des Vertrags wird im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Vertrags eine außerordentliche Konferenz einberufen, um die Durchführung des Vertrags im Lichte seiner vorläufigen Anwendung im Sinne dieses Dokuments zu beurteilen.
5. Dieses Dokument wird in allen offiziellen Sprachen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa bei der Regierung des Königreichs der Niederlande als Verwahrer des Vertrags hinterlegt; sie übermittelt an alle Vertragsstaaten eine Abschrift dieses Dokuments.

Geschehen zu Helsinki am 10. Juli 1992.

**Bekanntmachung
zu dem Artikel 25 der Konvention
zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten**

Vom 14. August 1992

Mit einem am 26. Mai 1992 hinterlegten Schreiben vom 25. Mai 1992 hat die Türkei – unter Bezugnahme auf ihre zuletzt für den Zeitraum vom 28. Januar 1990 bis einschließlich 27. Januar 1993 abgegebene Erklärung (vgl. die Bekanntmachung vom 23. Mai 1990/BGBl. II S. 577) – nach Maßgabe folgender Erklärung die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte nach Artikel 25 der Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (BGBl. 1952 II S. 685, 953) anerkannt:

(Übersetzung)

“The Government of Turkey, acting pursuant to Article 25 (1) of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, hereby declares to accept the competence of the European Commission of Human Rights, to receive petitions which raise allegations concerning acts or omissions of public authorities in Turkey in as far as they have been performed within the boundaries of the national territory of Turkey.

This declaration extends to allegations made in respect of facts, including judgments which are based on such facts which have occurred subsequent to 28 January 1987, date of deposit of the first Declaration made by Turkey under Article 25 of the Convention. This Declaration replaces the Declaration made with effect of 28 January 1990 and is valid until January 27, 1993.”

„Die Regierung der Türkei erklärt hiermit in Anwendung des Artikels 25 Absatz 1 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, daß sie die Zuständigkeit der Europäischen Kommission für Menschenrechte für die Entgegennahme von Gesuchen anerkennt, die Behauptungen in bezug auf Handlungen oder Unterlassungen türkischer Behörden aufstellen, soweit sich diese innerhalb der Grenzen des Staatsgebiets der Türkei zugetragen haben.

Diese Erklärung erstreckt sich auf Behauptungen in bezug auf Tatsachen – einschließlich der auf solche Tatsachen gegründeten Urteile –, die nach dem 28. Januar 1987, dem Tag der Hinterlegung der ersten von der Türkei nach Artikel 25 der Konvention abgegebenen Erklärung, eingetreten sind. Diese Erklärung ersetzt die mit Wirkung vom 28. Januar 1990 abgegebene Erklärung; sie gilt bis zum 27. Januar 1993.“

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 23. Mai 1990 (BGBl. II S. 577) und vom 3. Juli 1992 (BGBl. II S. 529).

Bonn, den 14. August 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
im Auftrag
Dr. Eitel

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Überstellung verurteilter Personen**

Vom 3. September 1992

Das Übereinkommen vom 21. März 1983 über die Überstellung verurteilter Personen (BGBl. 1991 II S. 1006) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 3 für die

Tschechoslowakei am 1. August 1992
in Kraft getreten.

Die Bahamas haben dem Generalsekretariat des Europarates mit Schreiben vom 25. März 1992 folgende Erklärung notifiziert:

(Übersetzung)

In accordance with Article 3, paragraph 3 of the Convention, the Government of the Commonwealth of The Bahamas, herewith amends the Declaration made at the time of the deposit of its instrument of accession, as such Declaration related to the definition of the term "national" (Article 3, paragraph 1. a).

The Government of the Commonwealth of The Bahamas now declares that the term "national" (Article 3, paragraph 1. a) means a citizen of The Bahamas or the holder of a certificate of permanent residence issued under the Immigration Act who is the spouse of a citizen of The Bahamas.

Nach Artikel 3 Absatz 3 des Übereinkommens ändert die Regierung des Commonwealth der Bahamas hiermit die bei der Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde abgegebene Erklärung, soweit diese sich auf die Bestimmung des Begriffs „Staatsangehöriger“ bezieht (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a).

Die Regierung des Commonwealth der Bahamas erklärt nunmehr, daß der Begriff „Staatsangehöriger“ (Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a) einen Staatsbürger der Bahamas oder den Inhaber einer nach Maßgabe des Einwanderungsgesetzes ausgestellten unbeschränkten Aufenthaltsberechtigung bezeichnet, der mit einem Staatsbürger der Bahamas verheiratet ist.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 20. Februar 1992 (BGBl. II S. 260).

Bonn, den 3. September 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Montrealer Protokolls
über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen**

Vom 3. September 1992

Das Montrealer Protokoll vom 16. September 1987 über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen, – BGBl. 1988 II S. 1014 – ist nach seinem Artikel 16 Abs. 3 für

Botsuana	am	3. März 1992
Korea, Republik	am	27. Mai 1992
Zypern	am	26. August 1992

in Kraft getreten.

Dänemark hat am 20. Dezember 1991 und mit Wirkung von diesem Tag dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert, daß es seinen bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde am 16. Dezember 1988 eingelegten Vorbehalt über die Nichtanwendung des Protokolls auf die Faröer und Grönland in bezug auf Grönland zurücknimmt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachungen vom 21. Juni 1989 (BGBl. II S. 622) und vom 31. Oktober 1991 (BGBl. II S. 1120).

Bonn, den 3. September 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten des deutsch-venezolanischen Abkommens
über den Luftverkehr**

Vom 7. September 1992

Nach Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 22. April 1992 zu dem Abkommen vom 8. April 1987 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Venezuela über den Luftverkehr (BGBl. 1992 II S. 330) wird bekanntgemacht, daß das Abkommen nach seinem Artikel 16

am 25. Juli 1992

in Kraft getreten ist.

Bonn, den 7. September 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten
gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten
(Diplomatenschutzkonvention)**

Vom 7. September 1992

Das Übereinkommen vom 14. Dezember 1973 über die Verhütung, Verfolgung und Bestrafung von Straftaten gegen völkerrechtlich geschützte Personen einschließlich Diplomaten (Diplomatenschutzkonvention) – BGBl. 1976 II S. 1745 – ist nach seinem Artikel 17 Abs. 2 für

Kamerun	am	8. Juli 1992
Lettland	am	14. Mai 1992

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. März 1992 (BGBl. II S. 262).

Bonn, den 7. September 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich des Übereinkommens
über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis**

Vom 7. September 1992

Die Russische Föderation hat dem Verwahrer am 15. Januar 1992 notifiziert, daß es die Ausübung der Rechte und die Erfüllung der Pflichten, einschließlich der finanziellen Verpflichtungen, der Sowjetunion aus dem Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Erhaltung der lebenden Meeresschätze der Antarktis (BGBl. 1982 II S. 420) fortsetzt.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. II S. 866).

Bonn, den 7. September 1992

Der Bundesminister des Auswärtigen
Im Auftrag
Dr. Schürmann

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H., Postfach 13 20, 5300 Bonn 1
Telefon: (0228) 38208-0, Telefax: (0228) 38208-36

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich je 81,48 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 2,56 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1990 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509, BLZ 370 100 50, oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 6,12 DM (5,12 DM zuzüglich 1,00 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 7,12 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7%.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 1998 A · Gebühr bezahlt

Berichtigung der Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag

Vom 25. September 1992

Die Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag (Bekanntmachung von Änderungen der Ausführungsordnung zum Patentrechtsvertrag vom 29. Juni 1992, BGBl. II S. 627) ist wie folgt zu berichtigen:

1. In Regel 13^{bis}.6 Absatz b ist das Wort „Angabe“ durch das Wort „Abgabe“ zu ersetzen.
2. In Regel 56.1 Absatz a ist das Wort „Einrichtung“ durch das Wort „Einreichung“ zu ersetzen.
3. In Regel 78.3 ist in der Überschrift das Wort „Gebrauchsnummer“ durch das Wort „Gebrauchsmuster“ zu ersetzen.

Bonn, den 25. September 1992

**Der Bundesminister der Justiz
Im Auftrag
Niederleithinger**